



Benedikts Botschaft: Glaube! Gebet! Gehorsam! Bischof Weber: Eine Kirche der Erlesenen mit Eintrittskarten?

Das europäisch-altösterreichische Marienheiligtum Mariazell feierte mit dem Papst den 850. Geburtstag. Die Pilgerfahrt des Bayern altösterreichischer Abstammung vom Ratzingerhof in Oberösterreich kennzeichnet die Prägung und Zielsetzungen des Papstes Benedikt XVI. für die katholische Weltkirche unter seiner Führung. Schaut auf Christus! Seid fest im Glauben, gestärkt durch Gebet. Fest in Gehorsam gegenüber Papst, Lehramt und geistlicher Führung, das ist die spirituelle – apostolische – Kernbotschaft des ersten deutschen Papstes seit 500 Jahren Benedikt XVI. an Weltkirche und Gläubige.

Verkündet und geboten auf seiner Pilgerfahrt nach Mariazell vor kirchlichen und weltlichen Amtspersonen und ausgewählten „erlesenen katholischen Laien mit Eintrittskarten“, wie der einstige Vorsitzende der österreichischen Bischofskonferenz Altbischof Weber den offensichtlich beschrittenen Weg von der Volkskirche in die kleine elitäre Herde in der von Mathilde Schwabeneder vorbildlich moderierten ORF-Begleitsendung zum Papstbesuch besorgt befürchtet. Sein Bekenntnis: „Ich möchte keine Kirche der Erlesenen!“ Das machte vielen



politisch ein Aufbruch in eine soziale europäische Zukunft, die Neoliberalismus in Österreich und globaler Kapitalismus bedrohen. Die „Vaticanisti“ – der Kreis jener von der Kirche ausgewählten Berichterstatter, die ausschließlich über den Vatikan berichten – zogen



Bischof Johann Weber

eine Bilanz des Papst-Besuchs. Für sie war die Reise eindeutig kein „Besuch für die Massen“. Der Papst habe für seine Kernthemen ein „ideales“ Umfeld vorgefunden, hieß es. Zudem sei der Besuch als Rückenstärkung für die Bemühungen von Kardinal Christoph Schönborn zu verstehen, die Lage in der katholischen Kirche Österreichs nach Konflikten und Skandalen wieder zu beruhigen. Dazu zählt die Festigung amtskirchlicher Strukturen, eine weitgehende Schwächung selbstständiger katholischer Verbände, so vor allem das Übergehen der Laien-Aktivitäten „Wir sind Kirche“ und des Drängens im Klerus (Schülers Pfarrer-Initiative) nach einer pastoralen Erneuerung. Erstaunt reagierte eine Vertreterin des päpstlichen Pressetrosses darauf, dass Benedikt in Österreich bemerkenswert kühl empfangen worden sei. Zwar wollte sie nicht ausschließen, dass dafür auch das Wetter verant-

wortlich sei – jedoch habe man Gleichgültigkeit und Distanz der Bevölkerung zur Kirche gespürt.

Ignoriert Vatikan die Aktion „Wir sind Kirche“?

Für Unmut der kirchlichen Veranstalter und Zustimmung unter den Laien hat eine Demo der Plattform „Wir sind Kirche“ während des festlichen Gottesdienstes am Stephansplatz gesorgt. Man wollte mit Transparenten auf sich aufmerksam machen, weil ein Gespräch mit dem Papst nicht zustande kam. „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst“ war auf einer Fahne der Plattform zu lesen, die auf einer Häuserfassade am Stephansplatz angebracht war. Mit



(Fortsetzung auf Seite 2)

WALTER RAMING

wieder Mut, die einst meinten, mit Johannes XXIII., Paul VI., Johannes Paul II. und Kardinal König in eine hoffnungsvolle Zukunft aufgebrochen zu sein. Welchen Weg beschreitet Papst Benedikt XVI. und das pilgernde Gottesvolk? Der Besuch des Papstes in Österreich war spirituell ein gewaltiges Erleben, kirchenpolitisch voll mit noch zu deutenden Worten und Symbolen; gesellschafts-

Aus dem Inhalt:

Benedikts Botschaft	Seite 2/3/5/6
Der Bundespräses	Seite 3
Charlys Tagebuchnotizen	Seite 4
Deutscher Ritterorden	Seite 6
RB-intern	Seite 7

Benedikts Botschaft

(Fortsetzung von Seite 1)

einem anderen Transparent wurde an den Heiligen Vater appelliert: „Benedikt, höre das Kirchenvolk“. Für Kardinal Schönborn gehört Kritik „zum Ritual der Papst-Besuche“. Außerdem wollen viele Gruppen mit Benedikt reden, aber da stelle ich die Frage „mit einer, mit zwei, mit wie vielen?“ Das meinte in einem Presse-Interview der Kardinal.

In Wirklichkeit spielt die Plattform „Wir sind Kirche“ offenbar keine ernsthafte Rolle mehr für den Vatikan und Österreichs Bischöfe. Sie wird einfach ignoriert. Das kann sich natürlich wieder ändern, aber zunächst besteht dafür wenig Hoffnung. Die Mitwirkung der Laien in der römischen Kirche wird – und das zeigten die Stationen, Personen und Inhalte der päpstlichen Begegnungen – nur in den hierarchischen Strukturen der gefestigten klerikalen Amtskirche geduldet. So wurden in der Basilika Mariazell dem Papst nur jene Laienvertreter vom zuständigen Bischof vorgeführt, die unter geistlicher Patronanz für Ämter und Würden auserlesen wurden. Auch die Pfarreraktion Schüller scheint – wie man der ORF-Debatte „Im Zentrum“ an freundlichen Reaktionen des Kardinals entnehmen konnte – ernster genommen zu werden.

Der Papst prägt der Kirche sein Zeichen ein. Im Mittelpunkt steht das Liebesgebot. Es geht um die Besinnung auf Gott und den Menschen; den Weg und Sinn des Lebens, um die Würde, Rechte und Pflichten des Menschen als Ebenbildes des Schöpfers.

Die Achtung des Lebens, soziale Gerechtigkeit, die Heiligung des Sonntags waren darum auch zentrale Anliegen des sonntäglichen Festgottesdienstes im Dom zu St. Stefan; an dem durch ihre Teilnahme auch ÖGB-Präsident Hundsdoerfer, der sozialdemokratische Fraktionsführer Haberbzettel, ÖVP-Obmann Molterer die päpstliche Anerkennung und Förderung der überparteilichen „Allianz für den arbeitsfreien Sonntag“ erlebten. „Gemeinsam bemühen wir uns“, so Kardinal Schönborn, „den Sonntag gegen



verschiedene Aushöhlungstendenzen zu verteidigen.“ Konkret nannte er den Gewerkschaftsbund, „weitsichtige Kreise“ der Wirtschaft und katholische Organisationen.

Marksteine Mariazeller Manifest und Pilgerfahrt

Nach dem Mariazeller Manifest 1952 ist die Pilgerfahrt des Papstes 2007 ein Markstein der freien Kirche im freien Staat und der Versöhnung der Kirche mit der Sozialdemokratie, die – wie andere Parteien – zur Partnerschaft in gemeinsamen Anliegen für Menschenwürde, Menschenrecht und Sozialreform aufgefordert ist. Neben den katholischen Vertretern der Volkspartei sah man bei den Begegnungen mit Papst und Bischöfen auch katholische Politiker aus der SPÖ. So u.a. den Bundeskanzler, Sozial- und Verteidigungsminister. Eine Entwicklung, die Diffamierungen für die Zukunft verbietet. Das bekundete auch die Teilnahme der Landeshauptleute Pröll, Häupl und Voves an den Begegnungen in Wien und Mariazell. Die Grundsätze des Mariazeller Manifestes des Dialoges, der Öffnung, das Vermächtnis von Kardinal König sind Wirklichkeit. Papst Benedikt XVI. baut auf den Mariazeller Fundamenten von 1952 sein Wirken für die Zukunft auf und entfaltet sie zeitorientiert.

„Eine freie Kirche“, das heißt die Kirche ist auf sich selbst gestellt und nur auf sich selbst. Jede geschichtliche Epoche hat ihre eigenen Notwendigkeiten und ihre eigenen Möglichkeiten. Heute aber hat die Kirche keinen Kaiser und keine Regierung, keine Partei und keine Klasse, keine Kanonen, aber auch kein Kapitel hinter sich. Die Zeit von 1938–1945 bildet hier eine unüberschreitbare Zäsur; die Brücken in die Vergangenheit sind abgebrochen, die Fundamente für

die Brücken in die Zukunft werden heute gelegt. So geht die Kirche aus einem versinkenden Zeitalter einer Epoche neuer sozialer Entwicklung entgegen. Eine freie Kirche bedeutet daher:

– **Keine Rückkehr zum Staatskirchentum vergangener Jahrhunderte, das die Religion zu einer Art ideologischen Überbaus der staatsbürgerlichen Gesinnung degradierte, das Generationen von Priestern zu inaktiven Staatsbeamten erzog.**

– **Keine Rückkehr zu einem Bündnis von Thron und Altar, das das Gewissen der Gläubigen einschläferte und sie blind machte für die Gefahren der inneren Aushöhlung.**

– **Keine Rückkehr zum Protektorat einer Partei über die Kirche, das vielleicht zeitbedingt notwendig war, aber Zehntausende der Kirche entfremdete.**

– **Keine Rückkehr zu jenen gewaltsamen Versuchen, auf rein organisatorischer und staatsrechtlicher Basis christliche Grundsätze verwirklichen zu wollen.**

Eine freie Kirche heißt aber auch, dass die Kirche das Recht für sich in Anspruch nimmt, sich frei zu entfalten, missionarisch tätig zu sein, Sakramente zu spenden, Schulen zu gründen, ohne – wie es in der heutigen Schul- und Ehegesetzgebung der Fall ist – auf ihrem ureigensten Gebiet durch staatliche Vorschriften gehemmt zu sein. Eine freie Kirche bedeutet aber nicht eine Kirche der Sakristei oder des katholischen Ghettos, eine freie auf sich selbst gestellte Kirche heißt eine Kirche der weltoffenen Türen und ausgebreitete Arme, bereit zur Zusammenarbeit mit allen, zur

– **Zusammenarbeit mit dem Staat in allen Fragen, die gemeinsame Interessen berühren, also in Ehe, Familie, Erziehung;**

– **Zusammenarbeit mit allen Ständen, Klassen und Richtungen zur Durchsetzung des gemeinsamen Wohls;**

– **Zusammenarbeit mit allen Konfessionen auf der Grundlage des gemeinsamen Glaubens an den lebendigen Gott, Zusammenarbeit auch mit allen geistigen und politischen Strömungen, mit allen Menschen, wer immer sie seien und wo immer sie stehen, die gewillt sind, mit der Kirche für den wahren Humanismus, für „Freiheit und Würde des Menschen“, zu kämpfen.**

Österreich ist „lebendige Mitte Europas“

In seiner Abschiedsrede äußerte der Papst zuvor den Wunsch, dass „das Bemühen um gegenseitiges Verständnis und die kreative Gestaltung immer neuer Wege zur Schaffung von Vertrauen unter den Menschen und Völkern die nationale und internationale Politik dieses Landes inspirieren“ möge. Österreich könne „im Geiste seiner historischen Erfahrung und seiner Stellung in der lebendigen Mitte Europas dazu seinen Beitrag leisten“.

So sind auch die neuen Allianzen der Kirche mit den realen politischen Kräften zu beurteilen. Das Treffen des Papstes auf seiner Pilgerfahrt mit den Repräsentanten aus Staat, Politik, Parteien, Sozialpartnerschaft, den sozialen Hilfsdiensten und Gesellschaft kennzeichnet die Öffnung und Überwindung historischer Gegensätze. Im Kampf gegen Kapitalismus, Neoliberalismus und soziale Ungerechtigkeit steht die Kirche an der Seite der Gewerkschaft für die Bewahrung des arbeitsfreien Sonntag, ebenso zu jenen Politikern, die in ÖVP und Sozialdemokratie für Menschenwürde, Menschenrecht und Sozialreform eintreten. Der Mensch und nicht das Kapital hat das Ziel der Politik zu sein. Der Papst ermuntert Österreich „in der Mitte Europas“ zum sozialen Vorbild und Anwalt sozialer Gerechtigkeit zu werden.

Die gemeinsame aktive Teilnahme „roter“ und „schwarzer“ Regierungsmitglieder und Politiker am Papstbesuch machte deutlich, dass die einstigen ideologischen Frontstellungen nicht mehr bestehen. Wohl aber die Parteien und Politiker an ihren Taten gemessen werden. Ein aktueller Testfall – etwa für die neuen ÖVP-Perspektiven – bildet die Haltung der einstigen Christlichsozialen zur Sonntagsheiligung.

Die Mahnung zur Einhaltung der Sonntagsruhe reiht sich in die Äußerungen des Papstes bei seinem Österreich-Besuch, die samt und sonders im Zeichen des Beharrens der Kirche bei gesellschafts- und kirchenpolitischen Kernthemen wie Familie, Ehe, Geschiedene etc. standen. Beim Staatsempfang untermauerte der Papst die kompromisslose Ablehnung von Abtreibung und aktiver Sterbehilfe; zudem forderte er, Europa müsse sich auf seine „christlichen Wurzeln“ besinnen, die seine

(Fortsetzung auf Seite 3)

1) Mariazeller Manifest 1952, (Offizieller Bericht der Pressestelle des Österreichischen Katholikentages)

Benedikts Botschaft

Identität ausmachen. Nach der Messe vor zehntausenden Pilgern in Mariazell unterstrich der Papst vor Klerikern außerdem sein Festhalten am Zölibat. Zur Meinung, dass man vor allem mit einer Lockerung dieser Bestimmung den Priestermangel lindern könnte, nahm er nicht Stellung.

Heiligenkreuz – Kaderschmiede des Papstes?

In Heiligenkreuz traf der Papst mit den Getreuen des Opus Dei, des Engelwerkes und anderen konservativen Gruppierungen zusammen. Abt Henckel-Donnersmark – dessen adelige Familie auch bedeutende protestantische Reformatoren zählt – und die Professoren und Hörer der Päpstlichen Hochschule, die auch den Namen des Papstes trägt, bilden heute das Fundament einer neuen priesterlichen Elite, die auf Unterstützung durch Vatikan und Bischöfe zählen kann. Mit dem Besuch des Papstes verbindet sich symbolisch und kirchenpolitisch die Hoffnung und der Auftrag theologische Kaderschmiede und gesellschaftspolitisch ein Motor der Neuevangelisierung Europas zu sein.

Im Zisterzienserklöster Heiligenkreuz im südlichen Wienerwald (Der Name „Wienerwald“ stammt aus einer Urkunde von 1342, die heute noch im Archiv des Stiftes verwahrt wird) wurden beim Besuch des Papstes symbolträchtig Tradition, Zeitfragen der katholischen Kirche und vatikanische Reform in Zukunftserwartungen umgemünzt: Bischof Küng als Opus Dei-Hoffnungskünder: „Es geht um die Erkenntnis unserer Wurzeln, unserer Hoffnung, unserer Zielsetzung“. Der Wiener Pastoraltheologe Paul Zulehner warnte jedoch auch vor der Gefahr einer „sektoiden Minderheitskirche“. Tatsächlich führte der Weg bereits weit von der einstigen Volkskirche zu einer Kirche der „Kleinen Herde“ fort. Welche Symbolkraft sollte der Besuch des Papstes in Heiligenkreuz bewirken, dessen Stift und Wirken für das Werden eines katholischen Österreich bedeutsam war und ist? Die fast 900 Jahre alte Zisterzienserabtei wurde 1133 durch den heiligen

(Fortsetzung auf Seite 5)

Liebe Bundesschwestern und -brüder!

Als Bundespräsident Johannes Papst Paul VI. am 18. November 1972 einen Staatsbesuch abstattete, konnte sich dieser nicht genug tun, Österreich als „Insel der Seligen“ zu preisen.



Das tat uns angeschlagenen Österreichern sichtlich gut, dass wir von höchster Stelle

BUNDESPRÄSES PRÄLAT DR. GERHARD SCHULTES

dieses überschwängliche Lob erhielten. Kurze Zeit später hätte ich bei der Bearbeitung eines Religionsbuches die Stellen gerne zitiert; ich ersuchte in der Nuntiatur um den amtlichen Text der Papstrede, wurde aber sehr enttäuscht, weil die genannten Stellen darin nicht zu finden waren. Wahrscheinlich hatte der Papst improvisiert, was aber nicht in die amtliche Dokumentation aufgenommen wurde.

In den überaus profunden Ansprachen Papst Benedikt XVI., der Österreich aus eigener Erfahrung gut kennt, findet sich ein solches Lob nicht. Dennoch war die Sympathie, die er uns bei seiner Pilgerfahrt nach Mariazell entgegenbrachte, beeindruckend und gewinnend, obwohl er auch manche Gefahren und Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft und in der Kirche Österreichs ansprach. Die Zeiten haben sich gewandelt, der Säkularisierungsschub hat Österreich sogar stärker als andere Länder erreicht. Dennoch hat der Papst sehr deutlich gemacht, wie sehr auch unser Land die Kirche auch weiterhin als wegweisende und integrierende Kraft braucht, soll es nicht seine durch Jahrhunderte gewachsene Identität verlieren. Da an anderer Stelle von „Reichsbund-aktuell“ der Papstbesuch ausführlich besprochen wird, möchte ich auf das nächste bevorstehende Großereignis hinweisen, nämlich die Seligsprechung von Franz Jägerstätter am 26. Oktober 2007 im Linzer

Dom. Es war ein langer Weg bis zu diesem Ereignis, auf dem nicht wenige Hindernisse zu überwinden waren.

Was würde das bei den vielen Kriegsteilnehmern für Folgen zeitigen, wenn einer, der den Dienst mit der Waffe verweigert hat und deswegen hingerichtet wurde, nun zur Ehre der Altäre erhoben wird? Hatte er nicht sogar den Rat des Bischofs nicht befolgt, der ihm die Skrupel auszureden suchte? Ist es nicht bezeichnend, dass erst ein kanadischer Bischof auf dem 2. Vatika-



Franz Jägerstätter

nischen Konzil das Vorbild dieses oberösterreichischen Märtyrers lobend hervorhob und ihn damit erst bei uns bekannt machte? Bundespräsident Fischer hat anlässlich des Waldheim-Begräbnisses darauf hingewiesen, dass Österreich Jahrzehnte gebraucht hat, um der Witwe Jägerstätters eine Pension zuzubilligen.

Vor Jahren habe ich einmal einer Maturantin die Maturanote verpatzt. In meiner Eigenschaft als Fachinspektor hörte ich mir in einigen Schulen Reifeprüfungen in Religion an, die damals neu eingeführt worden waren. Ein älterer Priester, der im 2. Weltkrieg selbst Soldat gewesen war, gab der Kandidatin die Frage nach dem Gewissen. Sie sehr gut vorbereitet und erläuterte dessen verschiedene Arten, darunter das

„unüberwindlich irrende Gewissen“, d.h. den Gewissensirrtum, der auf einer starren mangelnden Einsicht beruht. Als Beispiel dafür brachte sie Franz Jägerstätter. Da der Prüfer dies offensichtlich für richtig befand, mischte ich mich mit Erlaubnis der Vorsitzenden ein und ersuchte um eine Begründung. Den erschreckten Blick des Mädchens werde ich nie vergessen; eine Erläuterung erhielt ich nicht. Die Note im Maturazeugnis war wahrscheinlich die schlechteste ihrer Schullaufbahn, was mir natürlich Leid tat. Aber die Benotung war Sache der Kommission. Am meisten war ich über die Haltung des Professors erschüttert, für den Jägerstätter offenbar ein unbelehrbarer Spinner war. Davon war er nicht abzubringen.

Dieser Bauer und Mesner aus St. Radegund, dessen Leben nicht ohne Tiefen war, ist seinem Gewissen gefolgt, obwohl er sich bewusst war, dass dies tödlich enden würde. In den letzten Jahren war von einigen prominenten Hierarchen zu hören, dass die wichtigste Tugend des Christen der Gehorsam sei, dem auch das Gewissen verpflichtet sei. Ob Jägerstätter je vom Ausspruch Kardinal Newmanns im 19. Jahrhundert gehört hat, der dem Gewissen den ersten Toast vor dem Papst ausbringen wollte, ist eher nicht anzunehmen. In einer Gesellschaft, in der Anpassung für viele der höchste aller Werte ist, ist der neue Selige ein Widerspruch und eine Mahnung, dem gebildeten Gewissen bedingungslos zu folgen.

Nach Restituta Kafka, Jakob Kern und den anderen von Johannes Paul II. selig gesprochenen Österreichern ist Franz Jägerstätter einer, auf den wir stolz sein können und den wir auch im Gebet anrufen dürfen und sollen. Es scheint, dass Österreich doch eine „Insel der Seligen“ ist.

Ein gutes Arbeitsjahr wünscht allen Vereinen und ihren Mitgliedern Euer Bundespräsident

Gerhard Schultes

Charlys Tagebuchnotizen

Ich gestehe es – lange vor dem Frauenminister Herbert Haupt war ich über ein halbes Jahr Frauensprecher der Wiener ÖVP. Aber was derzeit von „Gender-Menschen“ aufgeführt wird, das ist ganz einfach dumm. In Meidling erklärt uns die SPÖ die



„f r a u e n - freundliche“ Arndtstraße, bloß weil etliche Parkplätze vernichtet wur-

MAG. FRANZ KARL

den, es einen Radweg gibt und die Gehsteige verbreitert und abgeschrägt wurden. (Falls Sie es nicht verstehen: Mehr Männer fahren Autos, mehr Frauen fahren Rad und abgeschrägte Gehsteige werden nicht wegen behinderter Menschen gemacht, sondern wegen Frauen mit Kinderwagen.)

Nun soll der (historische) Saal der Meidlinger Bezirksvertretung (der den Charme einer ostdeutschen Bahnhofshalle hat) „übermalt“ werden, weil die Darstellung traditioneller Berufe nur eine Frau mit Kind und Putzkübel enthält (der Rest sind Männer). Den Vogel hat aber die amtsführende Stadträtin Mannsberger (Verzeihung: Frauenberger) mit der neuen „gender-gerechten“ Formulierung der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien (GOM) abgeschossen. Im § 13 Abs.1, Ziffer 14 steht zu lesen: „die Gewährung der zur Ausübung der Funktion ... als Bezirksvor-

steher-Stellvertreter oder Bezirksvorsteherin-Stellvertreter oder Bezirksvorsteher-Stellvertreterin oder Bezirksvorsteherin-Stellvertreterin ... erforderlichen freien Zeit.“ Statt dass sie etwas für die Frauen tun, erfinden sie nur Schwachsinn, die Gesetzestexte (die ohnehin nicht leicht lesbar sind) unlesbar machen.



Kindergeld???

Der Sommer ist beherrscht vom Streit ums **Kindergeld**. Und um die **Zuverdienstgrenze!** Zuerst sollte man die Frage nach dem Grund dafür stellen: Ist das Motiv fürs Kindergeld der, ganz einfach Mütter zu unterstützen (siehe Geburtenprämie von Bruno Kreisky) oder ist der wahre Grund nicht der, Mütter zu animieren, die ersten drei Jahre bei ihrem Kinde zu Hause zu bleiben. Ist letzteres der Grund, dann ist eine Zuverdienstgrenze sehr sinnvoll!! Und sind alle Gesetzesübertretungen zu amnestieren? Mit den illegalen Pflegerinnen haben wir begonnen und jetzt brechen die Dämme: Zu Unrecht bezogenes Kindergeld – Amnestie! Reinhaltevorschriften bezüglich Hunde nicht eingehalten – macht doch nichts! Telefonieren mit Handy im Auto – warum sollte man das strafen, auch wenn es

verboten ist? Liegen in einer Wiese – ist zwar verboten, aber die Frau Stadträtin Sima legt sich dazu! Hoffentlich liegt sie nicht in Hundekot! Kostenlose Entnahme von Zeitungen – wen kümmert's?

Und Ministerin Bures strapaziert den Gleichheitsgrundsatz! Man muss alle erwischen oder amnestieren. Wird man das demnächst mit Dieben und Mördern auch so machen?

Ist das einzige Delikt, das noch bestraft wird, das Fehlen eines Parkscheines?

Wenn wir schon beim Populismus sind ...

Man kann zu den **Eurofighters** stehen wie man will. Aber was der Zivilrichter jetzt erreicht hat, ist wirklich „der Erfolg“ (am Papier!).

400 Millionen erspart, dafür auch 800 Millionen Gegengeschäfte erspart und die Flieger können in der Nacht nicht fliegen und sind teilweise gebraucht. Abgesehen von den Verlusten für die Wirtschaft wird man in den nächsten 10 Jahren (heimlich) ein Vielfaches der 400 Millionen brauchen, um ein sinnvolles Fluggerät zu haben. Aber der Öffentlichkeit muss ja was vorgespielt werden ...

Habe ich letztes Mal ein bisschen ÖSTERREICH gezaust, so soll heute die KRONE dran sein: Wer sich garantiert den Tag verderben will, der lese zum Frühstück die (bis zu 4) Leserbriefseiten in der KRONE! Erstens glaubt man, die Redaktion hat sich

eine neue „Proberedaktion“ aufgebaut: So ca. 10–15 Personen schreiben 90% aller Leserbriefe. Entweder bekommt die Redaktion wirklich nur diese oder es wird hier kräftig manipuliert. Und dann muss man sich die Tendenz anschauen (die KRONE wird sagen, ist ja nicht wahr, wir bekommen nur solche), meist ausländischerfeindlich, ausschließlich EU-feindlich und oft „unterste Lad“. Höhepunkt: Hans Dichand schreibt sich selbst einen Leserbrief! So – und damit sie nicht zu böse auf mich sind, die von der KRONE: Gegen eine andere Zeitung aber immer noch ein Intellektuellenblatt!

„Über Mariazell zurück ins Gestern“ schreibt Richard Picker im „Kurier“ (damit ich den auch noch erwähne). Entgegen seiner Ansicht sehe ich durch die Zulassung verschiedener Messformen keine Gefährdung unserer katholischen Kirche – ich freue mich auf den Papstbesuch – Benedikt XVI. ist nicht der rückwärts gewandte Mann, als den ihn der „ach so progressive“ Picker sehen will!

In eigener Sache:

Bitte unterstützen Sie uns!

Mit Ihrem Beitrag von nur

€ 16,-

ermöglichen Sie den Fortbestand unserer Schriftenreihe auch im 61. Bestandsjahr.

Für Ihre Unterstützung danken wir im Voraus!

Benedikts Botschaft

(Fortsetzung von Seite 3)



Heiligenkreuz

Markgrafen Leopold III. aus dem Geschlecht der Babenberger gegründet. Zuvor war Otto, ein Sohn Leopolds, während des Studiums in Frankreich selbst in das Zisterzienserkloster Morimond eingetreten. Die Zisterzienser waren damals eine neue, erst 1098 entstandene Reformbewegung der Benediktiner und hatten großen Zulauf an Berufungen aus allen Schichten der Bevölkerung. Otto, später Bischof von Freising, überredete seinen Vater zur Stiftung eines Zisterzienserklosters, sodass am 11. September 1133 zwölf Mönche aus Morimond das klösterliche Leben im Rhythmus von Gebet und Arbeit (Ora et labora) begannen. Heiligenkreuz ist heute weltweit das einzige Zisterzienserkloster, das seit der Gründung ohne Unterbrechung besteht. Der Enkel Leopolds III., Herzog Leopold V., schenkte dem Kloster 1188 ein 23,5 cm langes Stück des Kreuzesholzes Christi; diese große Kreuzreliquie wird bis heute hoch verehrt. Heiligenkreuz ist auch im 9. Jahrhundert seines Bestehens ein überaus lebendiges Kloster.

Die Symbolik des Judenplatzes

Weit in die Geschichte zurück reichen christliche und kirchliche Schuld an Verfolgung und Ermordung jüdischer Mitbürger. Im Anschluss an die liturgische Eröffnungsfeier besuchte Papst Benedikt XVI. den unmittelbar benachbarten Judenplatz. Gemeinsam mit dem Wiener Oberrabbiner Paul Eisenberg hielt der Papst ein stilles Gedenken vor dem Mahnmal für die österreichischen Opfer der Shoah und der geschichtlichen Judenverfolgung ab.

Der Judenplatz – Ort der ersten Synagoge auf Wiener Boden – fasst die dramatische Geschichte der Juden in der österreichischen Hauptstadt zusammen. Kardinal Schönborn hat 1998 am Gebäude der Volksschule der Erzdiözese Wien am Judenplatz die Anbringung einer Gedenktafel veranlasst, die folgenden Wortlaut hat:

„Kiddusch haShem“ heißt ‚Heiligung Gottes‘. Mit diesem Bewusstsein wählten Juden Wiens in der Synagoge hier am Judenplatz – den Zentrum einer bedeutenden jüdischen Gemeinde – zur Zeit der Verfolgung 1420/21 den Freitod, um einer von ihnen befürchteten Zwangstaufe zu entgehen. Andere, etwa 200, wurden in Erdberg auf dem Scheiterhaufen lebendig verbrannt. Christliche Prediger dieser Zeit verbreiteten abergläubische judenfeindliche Vorstellungen und hetzten somit gegen die Juden und ihren Glauben. So beeinflusst nahmen Christen in Wien dies widerstandslos hin, billigten es und wurden zu Tätern. Somit war die Auflösung der Wiener Judenstadt 1421 schon ein drohendes Vorzeichen für das, was europaweit im 20. Jahrhundert während der nationalsozialistischen Zwangsherrschaft geschah. Päpste des Mittelalters wandten sich erfolglos gegen den judenfeindlichen Aberglauben, und einzelne Gläubige kämpften erfolglos gegen den Rassenhass der Nationalsozialisten. Aber es waren derer viel zu wenige. Heute bereut die Christenheit ihre Mitschuld an den Judenverfolgungen und erkennt ihr Versagen. ‚Heiligung Gottes‘ kann heute für die Christen nur heißen: Bitte um Vergebung und Hoffnung auf Gottes Heil.

In Aufzeichnungen des Deutschen Ritterordens, Kommende Wien, wird über die Judenverfolgung 1421 berichtet, dass den Wiener Juden Geld genommen wurde, um damit Herzog Albrecht hilfreich zu dienen, der den Kampf gegen die hussitischen Religionskrieger führte, die vor Luther für eine Erneuerung der katholischen Kirche



Mahnmal für die jüdischen Opfer der Shoah © Jüdisches Museum Wien/Votava

eintraten. Der Prager Religionsreformer Jan Hus wurde bekanntlich auf dem Konzil von Trient als „Ketzer“ verbrannt. Dieser historische Hintergrund kann der Gedenktafel am Judenplatz nicht entnommen werden und sei darum ergänzend erwähnt.²⁾

Meinungen zum Papstbesuch

Zwischen Dankbarkeit und Kritik
Beim Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn, dem Gastgeber von Papst Benedikt XVI. während dessen Österreich-Visite, überwiegt ein tiefes Gefühl der Dankbarkeit.

„Österreich ist so ein winziger Teil der Weltkirche, und dennoch hat uns Papst Benedikt so viel Zeit, kostbare Gedanken und Zuneigung geschenkt.“ Kritiker und Kommentatoren vermissten hingegen Aussagen zur aktuellen Situation der Kirche in Österreich. „Nachdenken, was er gesagt hat“. Nach den intensiven Tagen der Visite gelte es nun, „in die Tiefe zu gehen und in Ruhe nachzudenken über das, was er uns gesagt hat“, sagte der Kardinal, der betonte, dass der Papst sehr viel zu brennenden Fragen der Gesellschaft gesagt habe. Damit widersprach er indirekt Kritikern, die eindeutiger kirchenpolitische Stellungnahmen des Papstes erwarteten.

Schüller „überrascht“

So sieht etwa Helmut Schüller, Mitinitiator der Pfarrerrinitiative und Kritiker des derzeitigen Kirchenkurses, nun viel Spielraum in den Worten Benedikts. „Ich war überrascht, dass er viele Themen nicht angesprochen hat.“

Diese „Nichtfestlegung“ sieht der Seelsorger als Auftrag, bei diesen Themen weiterzuarbeiten. Genau so sieht es Schönborn, der ankündigte, das ebenso zu tun – auf seine Art: „Ich nutze die Freiräume in eine andere Richtung.“

Kritik auch von Pater Fischer

Pater Udo Fischer, der Sprecher der Pfarrerrinitiative, meinte, der Papst habe zwar die schwierigen Zeiten in der österreichischen Kirche angesprochen, aber „nicht gesagt, wer sie verursacht hat“. Die Schwierigkeiten der Kirche, die sich in zahlreichen Kirchaustritten und akutem Priestermangel manifestierten, seien Österreich durch umstrittene Bischofsnennungen „von Rom eingebrockt worden“.

Benedikt als „Bewahrer“

Ähnlich kommentiert „Standard“-Chefredakteurin Alexandra Förderl-

Schmid den Besuch: Statt auf die Probleme einzugehen, „vermied der Papst, diese Probleme direkt anzusprechen. Er betonte vielmehr bekannte Positionen der Kirche: die Kritik an Abtreibung, Sterbehilfe und der Kinderfeindlichkeit der westlichen Gesellschaft, die Krise des Westens, die christlichen Wurzeln Europas und eine christlich geprägte Sonntagskultur.“

Dem Papst „geht es um die Wurzeln der Religion, ums Grundsätzliche. Papst Benedikt XVI. sieht sich als Bewahrer.“ Ansätze für Reformen seien nicht zu erkennen. „Wie er die katholische Kirche in einer zunehmend säkularisierten Welt aus der Krise führen will, dafür fand Benedikt XVI. bei seiner Pilgerreise in Österreich keine Worte.“

Wirbel über Aussagen zur Abtreibung

In der „Presse“ kritisiert Dietmar Neuwirth die mediale Interpretation der Papst-Aussage zum Thema Schwangerschaftsabbruch als Forderung nach einem Abtreibungsverbot. Dass Benedikts Appell gegen die Aufhebung der Qualifizierung der Abtreibung als ein Unrecht so verstanden wurde, sieht Neuwirth als „Ignoranz und Intoleranz“ und „Unvermögen hinzuhören“.

So sei der Besuch nicht nur „von vielen großen und kleinen Gesten, von der merkbaren Zuneigung dieses Papstes für Österreich und vor allem von seinem festen Willen, der kleiner gewordenen Herde Stärkung und Orientierung zu geben“, geprägt gewesen, sondern auch von „großen Missverständnissen“.

„Müssen damit leben“

Die Aussagen zu Abtreibung und Sterbehilfe überraschten jedenfalls Beobachter, die bei der „Pilgerreise“ des Papstes keine so deutlichen politischen Aussagen erwartet hatten. Und auch Schönborn setzte bei diesem Thema noch einmal nach: Er äußerte Bedenken zum Umgang mit der Abtreibung in Österreich. „Die jetzige Gesetzeslage ist für uns sicher nicht ein akzeptabler Status“, so Schönborn in der ORF-Sendung „Im Zentrum“. Stattdessen forderte er mehr staatliche Unterstützung etwa für Hilfsfonds. Denn: „Wir müssen damit leben, weil das demokratisch so entschieden ist.“

2) Siehe auch unseren Beitrag über den Judenplatz

(Fortsetzung auf Seite 6)

Benedikts Botschaft

(Fortsetzung von Seite 5)

„Tötung ist Tötung, und Tötung ist immer ein Unrecht.“ 30 Jahre nach Einführung der Fristenlösung bestehe die Gefahr, dass das Unrechtsbewusstsein verloren gehe.

Bewegende Momente

Als spirituellen Höhepunkt der Papst-Reise sieht Schönborn die Jubiläumsveranstaltung in Mariazell, als von besonderer historischer Bedeutung sei allerdings das stille Gedenken des Papstes auf dem Wiener Judenplatz vor dem Holocaust-Mahnmal zu bewerten.

„Sorge um Europa“

„Den stärksten Eindruck hat“ beim Chefredakteur der „Wiener Zeitung“, Andreas Unterberger, „die Sorge des europäischen Intellektuellen Ratzinger um die Zukunft dieses Kontinents und dessen von Egoismus ausgelöste Kinderarmut hinterlassen.“

Thomas Götz resümiert in der „Kleinen Zeitung“: „In kurzer Zeit hat der Papst vorgeführt, wie eng verwoben die geistliche und die soziale Dimension des Christentums sind.“ In allen Reden sei die Sorge um Europa mitgeschwungen. „Schwindet das Christentum hier, wird es kälter, glaubt der Papst. Zumindest in diesem Punkt hat ihm keiner widersprochen.“

Doch, so wiederum Neuwirth in der „Presse“, werde die Kirche als „Verteidiger humanitärer und europäischer Werte“ nicht nur „nicht mehr gewürdigt, sondern auch bei noch so großem Bemühen der Amtsträger auch kaum verstanden“.



Wiener Judenplatz zwischen 1421 und Heute: Memorial des Bösen Deutscher Ritterorden, Herzog Albrecht und der päpstliche Kreuzzug gegen die Hussiten

Eine Minute des Schweigens widmete Papst Benedikt XVI. den Mahnmalen der Judenverfolgung auf dem Wiener Judenplatz. Die Verbeugung des Papstes vor den Opfern des Holocaust sei für alle Beteiligten ein bewegender Moment gewesen, würdigte Kardinal Schönborn die Begegnung mit den jüdischen Repräsentanten und der Geschichte christlicher Schuld. Auch der Grazer Bischof Egon Kapellari pflichtete bei und rechtfertigte das Fehlen einer Ansprache des Papstes auf dem Judenplatz mit den Worten: Schweigen sei oft beredter als Reden. Menschenverachtung, Verfolgung und Mord um des Glaubens und der Rasse wegen. Das dokumentiert der Wiener Judenplatz wie in einem Brennglas der Geschichte. Er wurde zu einem Memorial des Bösen in Geschichte und Zeit.

Der Judenplatz im Zentrum von Wien steht im Rampenlicht. Er wurde zum Memorial einer bestialischen Erbschaft europäischer Geschichte. Wie in einem Brennglas fokussiert sich gewaltiges Leid, Verfolgung, Massenmord aus Glaubensgründen und Rassenwahn.

Das Holocaust-Mahnmal aus jüngster Zeit steht vis-a-vis der christlichen Gedenktafel aus dem 15. Jahrhundert, deren Inschrift den Judenmord 1421 verherrlicht. Die katholische Kirche sagte ein Mea Culpa für ihre irrenden Kinder. Alle Mörder von damals bis Auschwitz waren getaufte Christen – ein Bankrott des Christentums, das seinen jüdischen Stifter, den Rabbi Jesu, verleugnete: „Jesus von Nazareth war ein Ur- und Nur-Jude, ein Rabbi, den seine Jünger auch ‚Rabbi‘ nannten“ (Schalom Ben Chorin).

Die lateinische Inschrift auf dem antijüdischen Relief am Jordanhaus, Judenplatz 2, lautet:

„Durch die Fluten des Jordan wurden die Leiber vom Schmutz und Übel gereinigt. Alles weicht, was verborgen ist und sündhaft.

So erhoben sich im Jahre 1421 die Flammen des Hasses, wüteten durch die ganze Stadt und sühnte die furchtbaren Verbrechen der Hebräerhunde.

Wie damals die Welt durch die Sintflut gereinigt wurde, so werden durch das Wüten des Feuers alle Strafen verbüßt.“

Die Gipfel des israelischen Sinai – der Verkündigung der Gebote und des christlichen Golgatha stehen

einander auf diesem Platz Wiener Geschichte gegenüber. Flankiert sind sie von der Böhmisches Hofkanzlei, einem Symbol deutsch-österreichischer-tschechischer Konfrontation seit dem späten Mittelalter, die 1945 ihren dramatischen Höhepunkt erreichte.

Es war 1420/21 im christlichen Abendland nichts Ungewöhnliches, dass der österreichische Herzog Albrecht II. die Wiener Juden, die hier in einem Ghetto lebten, ermorden, hinrichten und vertreiben ließ. Quer durch Europa bediente man sich der Juden, wenn es an Geld mangelte. Herzog Albrecht brauchte Geld für die Führung des vom Papst ausgerufenen Kreuzzuges gegen die Hussiten. Auch der Deutsche Ritterorden, unweit des Judenplatzes beheimatet, brauchte Geld, um nach



der verlorenen Schlacht des Ordensstaates gegen die Polen (Tannenberg 1410) sich behaupten zu können. So bediente sich der Orden 1418, wie aus einer alten Urkunde hervorgeht, an den Wiener Juden: „...haben an den Juden genommen vierhundert Phunt“ um drängende Schuld zu bezahlen.

Die Wiener Bürger murrtens damals gegen die Unterstützung der Ordenskommende durch Herzog Albrecht, der den Deutschen Ritterorden finanziell förderte. In diesem Umfeld der Unruhe und Bedrohung kam es 1421 zur Verfolgung und Verbrennung der Juden auf der Simmeringer Heide und zum Massen-Selbstmord (Verbrennungsort liegt unweit des Hundertwasser-Hauses) der Juden in der Synagoge am Judenplatz. Selbstverständlich verfiel das jüdische Eigentum an die Retter vor den jüdischen Umtrieben. Die Kolle-

ktivschuld der Juden am Kreuzestod Christi brachte reichen Zins. (Matthäus-Evangelium: „Sein Blut lastet auf uns und unseren Häuptern!“)

Herzog Albrecht konnte den päpstlichen Kreuzzug finanzieren. Der Landkomtur der Ballei Österreich, Bruder Sigmund, die Ordensburg, „um der Vorfahren willen“, die Gründer der Wiener Komturei waren, finanziell sanieren.

In der Geschichte des Judenplatzes kreuzen sich schicksalhaft auch tschechisch-böhmisches Geschick. Ist doch der Prager katholische Theologe und Religionsreformer Jan Hus ein bis in unsere Zeit wirkender Zündstoff des Nationalitätenkonfliktes zwischen Deutschen und Tschechen. Auf dem Altstädter Ring in Prag steht das Denkmal des Jan Hus. Der Prediger wollte eine Reform der katholischen Kirche und des Papsttums.

1415 wurde er auf dem Konstanzer Konzil verhaftet und als Ketzer verbrannt.

Seine Reformideen spielten in der Kirchenkritik Martin Luthers eine bedeutende Rolle. Er bezeichnete Hus als seinen Vorläufer.

Die Hinrichtung verursachte in der tschechischen Bevölkerung Unruhen. Im Juli 1419 wurden neun Ratsherren aus den Fenstern des Neustädter Rathauses in Prag gestürzt. Die Spannungen in der tschechischen Bevölkerung erreichten einen Höhepunkt.

Daraufhin führten der böhmische König Sigismund und Herzog Albrecht einen Kreuzzug gegen die Hussiten, in dem die Hussiten bezwungen wurde und der tschechische Nationalismus Auftrieb erhielt. 1945 traten tschechische Partisanen und Politiker mit hussitischen Parolen gegen ihre deutschen Landsleute auf. Jan Hus wurde erneut zu einer Symbolfigur.

Der Wiener Judenplatz mit seinen historischen Erinnerungen, Gedenkstätten und Mahnmalen, die 600 Jahre österreichische Geschichte umfassen, ist ein Platz christlich-jüdischer-europäischer Verknüpfung. Das Echo der Geschichte zwingt zum Umdenken und Besinnung.

Überragt aber ist der vom Papst besuchte Judenplatz vom Denkmal des Gotthold Ephraim Lessing – dem redlich Suchenden nach Wahrheit, Toleranz und Humanität. Eine Manifestation der Hoffnung! **W.R.**

RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM

Wir gratulieren!

60. Geburtstag

Ing. Herbert Fritz
Franz Schmidt

65. Geburtstag

Dkfm. Josef Tenora

70. Geburtstag

RB Bundesobm.-Stv.
Präs. Josef Kopal

80. Geburtstag

Karl Lintner
Hilde Schneider

85. Geburtstag

Maria Altmann
Barbara Czaslowska
Maria Götzing

Kommerzialrat

Ing. Rudolf Busam

Präsident Sportunion

NR Peter Haubner

Vizepräsidentinnen Sportunion

VSDir. Bettina
Glatz-Kremsner
NR Herta Mikesch

St. Thekla

Am 23. 10., 13. 11. und
4. 12. 2007 jeweils um
12 Uhr finden die Gruppen-
zusammenkünfte im
GH Sulzer in Wien 4,
Ecke Kolschitzkygasse /
Graf-Starhemberg-Gasse
statt.

Ottakring

Am 9. 10. 2007 um 14.30 Uhr
Heurigen-Nachmittag mit
Musik im Pfarrsaal.

Am 25. 10. 2007 Autobusfahrt
zur NÖ Landesausstellung
nach St. Peter i.d. Au
zum Thema ERDE,
Abfahrten: 8 Uhr Starchant,

Wir begrüßen als neue Mitglieder

Mag. Christian Dörflinger
Elfriede Dörflinger
Wien

8.15 Uhr Alt-Ottakring.
Am 2. 11. 2007 um 9 Uhr
Gedenkgottesdienst für ver-
storbene Mitglieder der
Gruppe mit Präses Prälat
Friedrich Guttenbrunner.

Döbling

Am 20. 10. 2007 um 19 Uhr
Klavierabend mit Dunja Huda.
Es gelangen Werke von
Mozart, Liszt und Bartók
zum Vortrag.
Die Veranstaltung steht unter
dem Ehrenschutz von Herrn
BV Adolf Tiller. Anschließend
Büffet. Ort: Reichsbundhaus
Wien 19, Hohenauergasse 12.

Gut Freund

Am 29. 10. 2007 um 18 Uhr
Herbstfest im Klublokal.
Am 9. 11. 2007 um 18.30 Uhr
Gedenkgottesdienst für ver-
storbene Mitglieder der
Gruppe. Allerheiligenkirche
Wien 20, Vorgartenstraße 56.
Am 26. 11. 2007 um 18 Uhr
Lichtbildervortrag „Die Seiden-
straße – USBEKISTAN“.
Am 17. 12. 2007 um 18 Uhr
Stimmungsvoller Advent-
abend im Klublokal.

Jeden Dienstag von 16–20 Uhr
Zusammenkünfte im Klub-
lokal

Wien 20, Ospelgasse 30.

Voranzeige:

14. 1. 2008 um 18 Uhr
Neujahrssessen im Restaurant
Wieselburger, Wien 2,
Ausstellungsstraße.
Anmeldungen erforderlich,
Tel. 0664 160 91 46 oder
(01) 332 37 31.

RB Europajugend Gleisdorf

Drei Gleisdorfer Reichs-
bündler nahmen an der
10. Wander-Olympiade in Est-
land teil, Erika Weitzer, Karl
Puchas und Fritz Weitzer.
Den Marienpilgerweg
Tschenstochau (PL),
Leutschau (SK) nach
Mariazell wanderten Walter
Hermann, Karl Puchas,
Helmuth Slatschek und Wolf-
gang Wratschgo.



Der ASVÖ-Landesfachwart
für Badminton RB LO
Wolfgang Wratschgo
organisierte auch in diesem
Jahr ein Badmintoncamp, an
dem 13 JugendspielerInnen
teilgenommen haben.



RB Sport Fußball

Am 5. 10. 2007 um 19 Uhr
findet die Meisterehrung im
Spiegelsaal im Haus des
Sports in Wien 4, Prinz-
Eugen-Straße 12 statt.

BUNDESKANZLERAMT ■ SPORT

Am 16. 12. 2007 um 16 Uhr
findet die Adventfeier des RB
Sport im Kolpinghaus Wien 9,
Althansstraße statt. Separate
Einladungen folgen.

Männer-Wallfahrt

Am 4. 11. 2007 findet die
diesjährige Männerwallfahrt
der Diözese Wien nach
Klosterneuburg statt.
Treffpunkt 13.30 Uhr in
Weidling.

Unsere Toten

Ing. Walther Marzi
Wien

Georg Mattes
Wien

Maria Peitl
Wien

Der Reichsbund im Internet:
www.amateurfussball.at
www.kummer-institut.at

Über E-Mail erreichbar:
info@amateurfussball.at

Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österreichs

Am 24. 11. 2007 findet die
Herbsttagung in Eisenstadt
statt.
Ort: Haus der Begegnung.

Katholischer Laienrat Österreichs

Von 7. – 9. 12. 2007 findet der
Einkehrtag in Stift Göttweig
statt.



Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 31. Oktober 2007

Reichsbund-aktuell mit Sport. –
Herausgeber, Medieninhaber (Ver-
leger) und Hersteller: Reichsbund,
Bewegung für christliche Gesell-
schaftspolitik und Sport, 1080 Wien,
Laudongasse 16, Tel. + Fax (01)
405 54 06. – Herstellungsort: Wien.
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:
Grundsätzliche publizistische Rich-
tung des Reichsbundes: Information
und Schulung unserer Mitglieder im
Sinne der christlichen Weltanschau-
ung und Förderung der Jugend durch
Sport. Redaktion: Mag. Franz Karl,
Walter Raming (Politik und Wirt-
schaft), Franz Lugmayer, Walter
Zimmermann (Kultur), Rudolf
Schumann (Sport), Rudolf Taborsky
(RB-intern, Layout, Fotos). Es gilt die
Anzeigenpreisliste 9 vom 1. Jänner
1993. Bankverbindung: Raiffeisen-
landesbank NÖ-Wien, Reichsbund,
Kto. 86454, BLZ 32000.

Populorum Progressio.

Vor vierzig Jahren hat Papst Paul VI. diese Enzyklika veröffentlicht. Die Enzyklika war ein Meilenstein, es war die erste Sozialenzyklika, die sich den Fragen der Entwicklungsländer gewidmet hat. Montini hat sich als Erzbischof von Mailand schon immer sehr intensiv mit sozialen Fragen und Problemen auseinander gesetzt. Als er später als



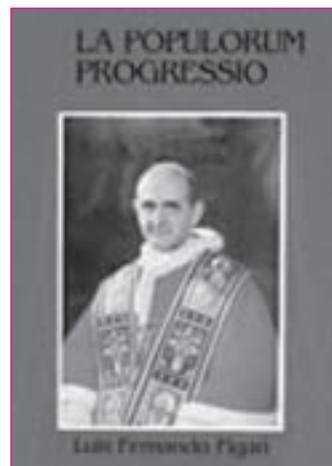
Papst sich auf seinen Reisen durch Lateinamerika und Afrika von der dort herrschenden Not sich persönlich überzeugen konnte, kam er nach Gesprächen mit Ent-

WALTER ZIMMERMANN

wicklungshelfern zur Erkenntnis, dass die Soziale Frage weltweit geworden ist. Der Papst wurde zum Anwalt der leidenden Menschen. Es herrschte in den begüterten katholischen Kreisen die irrierte Meinung, die katholische Soziallehre habe das Privateigentum heilig gesprochen, man hatte sich auf eine Textstelle der 1891 erschienenen Enzyklika *Rerum Novarum* berufen. Der bekannte katholische Sozialethiker und Jesuit Oswald von Nell-Breunig bezeichnete diese Meinung als eine ungeheuerliche und falsche Behauptung, die übrigens auf einen Übersetzungsfehler beruht. Die katholische Eigentumslehre macht eine sehr wesentliche Aussage, dass die Güter dieser Erde von Gott nicht für Einzelne, sondern für alle Menschen geschaffen seien, man spricht deshalb von einer Gemeinwidmung der Erdengüter und einer Sozialpflichtigkeit des Kapitals. Zum besseren Verständnis der Enzyklika seien wesentliche Aussagen hier in Kurzform zur Kenntnis gebracht. Die Kolonialmächte haben ohne auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu achten ihre eigenen wirtschaftlichen Ziele verfolgt sodass sie nach ihrem Abzug ein wirtschaftliches Chaos hinterlassen haben. Wenn nämlich die Möglichkeiten, die heute zur Verfügung stehen, nicht genutzt werden, so führt dies notwendig zur Verschärfung der Ungleichheiten, nicht zur Entspannung, zum Missverhältnis im Lebensstandard: die reichen Völker erfreuen sich eines raschen Wachstums, bei den armen geht es nur langsam voran. Die Störung des Gleichgewichts wird bedrohlicher, die einen erzeugen Nahrungsmittel im Überfluss, während andere daran jämmerlichen Mangel leiden oder für ihren geringen Überschuss keine gesicherte Absatzmöglichkeit haben. Es wächst der Abstand, der den Fortschritt der einen Stagnation, besser gesagt, dem Rückschritt der anderen trennt. Die zu treffenden Maßnahmen müssen aufeinander abgestimmt werden, andernfalls würden sie sich wech-

selseitig stören. Eine unbedachte Agrarreform kann ihr Ziel verfehlen. Eine übereilte Industrialisierung kann Strukturen zerschlagen, die noch notwendig sind, und zu sozialen Missständen führen, was menschlich gesehen ein Rückschritt wäre. Die Einzelinitiative und das Spiel des freien Wettbewerbs können den Erfolg des Entwicklungswerkes jedoch nicht sichern. Man darf es nicht darauf ankommen lassen, dass der Reichtum der Reichen und die Stärke der Starken noch größer werden, während man das Elend der Völker verewigt und die Knechtschaft der Unterdrückten noch härter werden lässt. Die Pflicht zur Solidarität unter den Menschen besteht auch für die Völker. Es ist eine schwere Verpflichtung der hoch entwickelten Länder, den aufstrebenden Völkern zu helfen. Diese Lehre des Konzils muss in die Tat umgesetzt werden. Wenn es auch richtig ist, dass jedes Volk die Gaben, die ihm die Vorsehung als Frucht seiner Arbeit geschenkt hat, an erster Stelle genießen darf, so kann trotzdem kein Volk seinen Reichtum für sich allein beanspruchen. Jedes Volk muss mehr und besser produzieren, um seinen eigenen Angehörigen ein wahrhaft menschenwürdiges Leben zu gewährleisten, dann aber auch, um an der solidarischen Entwicklung der Menschheit mitzuarbeiten. Bei der wachsenden Not der unterentwickelten Länder ist durchaus in Ordnung, dass reiche Länder einen Teil ihrer Produktion zur Befriedigung der Bedürfnisse der anderen abzugeben; und ebenso, dass sie Lehrer, Ingenieure, Techniker, Wissenschaftler ausbilden, die ihr Wissen und Können in den Dienst der anderen stellen. Es sei noch einmal wiederholt: der Überfluss der reichen Länder muss den ärmeren zugute kommen. Die Regel, die einmal zugunsten der nächsten Angehörigen galt, muss heute auf die Gesamtheit der Weltnöte angewandt werden. Auch beträchtliche Anstrengungen, um den Entwicklungsländern finanziell und technisch zu helfen, sind umsonst, wenn ihre Erfolge durch die Schwankungen in den Handelsbeziehungen zwischen den reichen und armen Ländern großenteils wieder zunichte gemacht würden. Das Vertrauen der Armen würde erschüttert, wenn sie den Eindruck gewännen, dass die anderen wieder wegnehmen, was sie ihnen gegeben haben. Noch immer gilt die Lehre Leos XIII. in „*Rerum novarum*“: das Einverständnis von Partnern, die in zu ungleicher Situation sind, genügt nicht, um die Gerechtigkeit eines Vertrages zu garantieren. Die Regel, wonach Verträge durch das freie Einverständnis der Partner zustande kommen, ist den Forderungen des Naturrechtes untergeordnet. Was dort von internationalen Verträgen: eine Verkehrswirtschaft kann nicht mehr

allein auf die Gesetze des freien und ungezügeln Wettbewerbs gegründet dem gerechten Lohn für den einzelnen Arbeiter gelehrt wird, gilt ebenso von sein, der nur zu oft zu einer Wirtschaftsdictatur führt. Der freie Austausch von Gütern ist nur dann recht und billig, wenn er mit den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit übereinstimmt. Die hoch entwickelten Länder haben dies übrigens für sich schon begriffen und sie bemühen sich, durch geeignete Maßnahmen innerhalb ihrer Wirtschaft ein gewisses Gleichgewicht herzustellen, das der sich selbst überlassene freie Wettbewerb zu stören droht. So stützen sie oft ihre Landwirtschaft mit Zuwendungen, deren Aufbringung sie den höheren Gewinne erzielenden Wirtschaftszweigen auferlegen. Ohne den freien



Markt abzuschaffen, sollte man doch den Wettbewerb in den Grenzen halten, die ihn gerecht und sozial, also menschlich machen, im Austausch zwischen entwickelten und unterentwickelten Wirtschaften sind die Situationen zu verschiedenen und die gegebenen Möglichkeiten zu ungleich. Die soziale Gerechtigkeit fordert, dass der internationale Warentausch, um menschlich und sittlich zu sein, zwischen Partnern geschehe, die wenigstens eine gewisse Gleichheit der Chancen haben. Diese ist sicher nicht schnell zu erreichen. Um sie zu beschleu-

nigen, sollte schon jetzt eine wirkliche Gleichheit im Gespräch und in der Preisgestaltung geschaffen werden. Auch hier könnten sich internationale Abkommen, an denen eine hinreichend große Zahl von Staaten beteiligt sind, als nützlich erweisen, sie könnten allgemeine Normen und gewisse Preise regeln, könnten gewisse Produktionen sichern, gewisse sich im Aufbau befindliche Industrien stützen. Wer sehe nicht, dass ein solch gemeinsames Bemühen um eine größere Gerechtigkeit in den Handelsbeziehungen zwischen den Völkern den Entwicklungsländern positiv helfen würde? Eine solche Hilfe hätte nicht nur unmittelbare, sondern auch dauernde Wirkungen. Wir hoffen, dass aneinander angrenzende Entwicklungsländer die Möglichkeit nutzen werden, ihre weiten Gebiete zu einheitlichen Wirtschaftsräumen zusammenzufassen, wobei sie gemeinsame Programme aufstellen, die Investitionen koordinieren, die Produktion verteilen, den Gütertausch organisieren. Wir hoffen auch, dass die Organisationen, die einige oder fast alle Nationen umfassen, entsprechende Mittel und Wege finden, die es den Entwicklungsländern möglich machen, aus den Engpässen, in denen sie sind, herauszukommen und in Treue zu ihrem Wesen selbst die Mittel zu ihrem sozialen und menschlichen Fortschritt zu finden. Das muss unbedingt erstrebt werden. Es scheint, dass diese Solidarität unter den Völkern der Erde immer mehr Wirklichkeit wird. Sie muss allen Völkern erlauben, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen. Die Vergangenheit war zu oft von den Gewalttaten der Völker gegeneinander gekennzeichnet. Möge der Tag kommen, wo die internationalen Beziehungen von gegenseitiger Achtung und Freundschaft geprägt sind, von gegenseitiger Zusammenarbeit, von gemeinsamen Aufstieg, für den sich jeder verantwortlich fühlt. Die jetzt aufstrebenden ärmeren Völker fordern ihren Anteil am Aufbau einer besseren Welt, in der die Rechte und die Aufgaben eines jeden geachtet werden. Dieses Verlangen ist berechtigt, jeder muss es hören und darauf antworten. ■

Zul.-Nr. GZ 02Z033683 M